

Guatemala in der Hand von 59 Familien

Autor(en): **Rampini-Stadelmann, Jules**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **106 (2012)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390320>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Bericht, den Bischof Alvaro Ramazzini über die wirtschaftliche und politische Situation in seiner Heimat erstattete, verdeutlicht einmal mehr, dass ländliche Regionen in vielen Südländern in keiner Weise vom vermeintlichen wirtschaftlichen Fortschritt ihrer Staaten profitieren. So bettet sich auch in der Region San Marcos die akuter werdende Bergbau-Problematik in ein weites Geflecht von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vernachlässigungen ein. Nach wie vor hat die Regierung Guatemalas eine deutlich neoliberale Ausrichtung. Unter dem Diktat von Freihandelsverträgen mit nordamerikanischen Ländern, welche laut Ramazzini der Bevölkerung bisher gar nichts brachten, hat sie das Land wirtschaftlich nach aussen weit geöffnet und auf Investitionen und Exportproduktion ausgerichtet. Weil diese Politik aber nicht mit gezielten Massnahmen zur Armutsbekämpfung im Inland verbunden wird, kommen wirtschaftliche Erfolge nur einigen wenigen Reichen im Lande zugute. Eine unabhängige Studie einer Universität sei zum Schluss gekommen, dass sich der ganze Reichtum des Landes in den Händen von 59 Familien befinde. Ein grosser Teil der Bevölkerung leide dagegen nach wie vor an chronischer Unterernährung. In der Provinz von Ramazzini sind 59 Prozent der Kinder unter fünf Jahren chronisch unterernährt. Die Ernährungssicherung, eines der wichtigsten Millenniums-Entwicklungsziele, ist in Guatemala noch weit von der Umsetzung entfernt. Statt dessen wird die inländische Ernährungsproduktion bedrängt durch Exportprodukte wie Kaffee, Ölpalmen, Zuckerrohr oder Tropenfrüchte.

Schwacher Staat

Das Hauptinteresse der Regierung sei die Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu Gunsten von Exporten und das Anziehen von ausländischen Investitionen. In beiden Bereichen zeigt der Staat eine

Guatemala in der Hand von 59 Familien

«Ich bin kein Theologe, ich bin nur ein einfacher Bischof. Ich leide mit, wenn ich die Probleme der Menschen sehe... Seit zwei Jahren habe ich keine Morddrohungen mehr erhalten. Es geht mir gut.»

Solche Aussagen zeugen von einem mutigen und prophetischen Hirten der Kirche. Diesen Eindruck erweckte der Besuch von Alvaro Ramazzini, Bischof der Diözese San Marcos im westlichen Hochland von Guatemala, Ende November in der Schweiz. Ebenso veranlasste er viele, die ihm begegneten, intensiver über die Situation des Bergbaus in Südländern und über die Grundlagen unseres Wohlstands nachzudenken.

grosse Schwäche. Er ist nicht fähig, die Nutzung des natürlichen Reichtums des Landes so zu regulieren, dass die Bevölkerung davon profitieren kann. Auch bei den ausländischen Investitionen stellt der Staat viel zu schwache Bedingungen. Ein Investitionsförderungsgesetz befreit ausländische Investoren für 50 Jahre von den Steuern. Ausländische Konzerne können im Lande nach Belieben schalten und walten. «Die Regierung macht einfach alle Türen auf und ergreift keine Massnahmen, damit es zu einer wirklichen Armutsbekämpfung kommt.» So fehlen in Guatemala überall Arbeitsplätze, besonders auf dem Land. Die Migration in die Vereinigten Staaten nimmt laufend zu. Auch dies sei ein grosses soziales Problem Guatemalas, denn die Migrationspolitik der Nachbarländer ist sehr hart. 2010 seien zum Beispiel 130 000 MigrantInnen wieder gewaltsam aus den USA zurückgeschafft worden. Wieder zurück im Land geraten viele von ihnen in die Fänge der Drogenmafia oder der vielen kriminellen Banden. Auch hier zeige sich die Schwäche des Staates. In vielen Teilen des Landes gewinne die Drogenmafia zunehmend an Macht. Und das Leben auf den Strassen wird immer unsicherer. Durchschnittlich gab es letztes Jahr 19 Morde pro Tag.

Gold für die Reichen im Ausland

Die Schwäche des Staates und der Ausverkauf des Landes zeigen sich besonders deutlich im Bergbau. In der Diözese von Monseñor Ramazzini befindet sich die Mine Marlín, die grösste Goldmine Zentralamerikas. Die im letzten Jahrzehnt massiv gestiegenen Preise für Edelmetalle und andere Bodenschätze haben eine regelrechte Investitionsflut zu Gunsten derer Ausbeutung in die Südländer verursacht. Laut Ramazzini sind in den vergangenen Jahren 186 Konzessionen für Bergbauprojekte erteilt worden, welche eine Fläche von über 8000 km² betreffen, 8 Prozent der

gesamten Landesfläche. Vor allem Gold-, Silber- und Nickel-Vorkommen wurden bis jetzt entdeckt. Bei vier Projekten läuft inzwischen die Ausbeutung, in der Goldmine Marlín seit 2005. Die Mine wird vom kanadischen multinationalen Konzern Gold Corp betrieben. Das moderne Tagbau-Verfahren und der hohe Goldpreis, aktuell über 1600 Dollar pro Feinunze, lassen selbst aus einer minimalen Konzentration von 0.5 Gramm Gold pro Tonne Gestein Profite schlagen.¹ In der Mine Marlín betragen die Produktionskosten pro Feinunze nur knapp 150 Dollar. Im Jahr 2009 wurden im Minengebiet fast 10 Millionen Tonnen Gesteinsmaterial aus der Landschaft herausgesprengt. Drei Viertel davon landeten direkt auf den Abraumhalden, der Rest wurde mit rund 500 000 Kubikmetern Wasser und dem hochgiftigen Blausäurekonzentrat Zyanid getränkt. Daraus konnten 274 000 Feinunzen Gold gewonnen werden, ein Jahresgewinn von fast 400 Millionen Dollar.

Monseñor Ramazzini zeigte auf, dass die Bevölkerung Guatemalas überhaupt nichts davon hat. Guatemala habe im Vergleich zu anderen Ländern ein äusserst schwaches Bergbaugesetz. Nur gerade ein Prozent muss das Unternehmen an Gewinnsteuern dem Staat abliefern, etwa die Hälfte davon sollte in das vom Projekt betroffene Departement fließen. Im Gegensatz dazu leidet die Bevölkerung unter Schwermetall-Rückständen im Wasser, an Hautreizungen durch Zyanid-Emissionen in der Luft, an Wasserknappheit und an der Verschandelung grosser Landstriche. Ramazzini erklärte, dass eine Berechnung von Ingenieuren der kanadischen Umweltorganisation COPAE über eine minimal umweltverträgliche Schliessung der Mine vorliege. Diese würde mindestens 10 Millionen Dollar Kosten verursachen. Im Fidei Comiso des Abbauvertrags seien aber nur eine Million Dollar dafür vorgesehen. Letztlich sei der Goldabbau von Marlín eigentlich illegal, denn die

¹ Daten zu Marlín sind ersichtlich im Beitrag von Karl Heuberger, *Neue Wege* Nr. 11/2011, S. 304ff, sowie in der taz, Die Tageszeitung, Mittwoch 20. Juni 2011, www.taz.de.

² Für mehr Daten zum Goldhandel empfehle ich: Erklärung von Bern (Hg.), Rohstoff, Das gefährlichste Geschäft der Schweiz, Zürich 2011, 178-188, www.evb.ch; sowie: Südwind, Institut für Ökonomie und Ökumene, Schmuck – Liebesbeweis, Broterwerb und Ausbeutung, Vom Rohstoff bis zur Ladentheke, Siegburg 2010, 6-17, www.suedwind-institut.de.

³ siehe dazu den oben erwähnten Artikel von Karl Heuberger.

⁴ Justitia et Pax, Fastenopfer, Botschaft aus der katholischen Kirche in der Schweiz an die Menschen und die Kirchen in Guatemala, Einsiedeln, 26. November 2011.

indigene Bevölkerung der betroffenen Region sei nie über die Umsetzung des Projekts konsultiert worden. Genau dies hätte die Regierung Guatemalas aber vor dem Erteilen der Konzession tun müssen, denn sie hat die Konvention 169 der ILO ratifiziert, welche dazu verpflichtet. Verantwortliche versuchen sich damit zu entschuldigen, dass es noch keine Ausführungsbestimmungen dazu gäbe. Auch ein Umweltministerium wäre eigentlich vorhanden. Dieses gibt vor, es verfüge über zu wenig Mittel, um die ausländischen Konzerne kontrollieren zu können, und versucht sich damit für absolut mangelhafte Anforderungen für Umweltverträglichkeits-Prüfungen zu entschuldigen.

Kurzum: Monseñor Ramazzini wie auch wir, seine ZuhörerInnen, und viele weitere BeobachterInnen kommen klar zum Schluss: Das in Guatemala gewonnene Gold ist eigentlich Raubgold, es bringt nur einigen Reichen im Ausland wirklich Gewinne. Zu diesen Gewinnern gehört natürlich in erster Linie der kanadische Konzern Gold Corp. Ramazzini wies aber auf weitere Gewinner hin, zum Beispiel grosse Pensionskassen in Schweden und Norwegen, welche als grosse Investoren auch von den Gewinnen der Gold Corp profitieren. Zu den Gewinnern gehört auch die Schweiz. Denn zwei Drittel der weltweiten jährlichen Goldproduktion werden über die Schweiz gehandelt, etwa die Hälfte in der Schweiz raffiniert.² Über die Handelsflüsse wird hier nur geschwiegen. Zur Frage, warum die Schweiz in der Zollstatistik weiterhin nicht detailliert die Länder aufführe, aus denen das in der Schweiz gehandelte Gold stammt, hatten die an einem Seminar mit Mons. Ramazzini anwesenden EDA-VertreterInnen nicht mehr als ein verlegenes Lächeln übrig.

Hoffnungsschimmer

Es gibt aber auch hoffnungsvolle Aufbrüche. Monseñor Ramazzini steht längst

nicht allein da mit seinem Engagement gegen die Ungerechtigkeiten im Bergbau. Er betonte, dass sich in ganz Guatemala immer mehr indigene Gemeinschaften gegen die Ausbeutung durch Bergbaukonzerne wehren. Es habe schon verschiedene Konsultativabstimmungen mit einem sehr deutlichen Nein gegeben. Wenn dieser Druck durch internationalen Druck verstärkt werde, werde früher oder später auch die Regierung Guatemalas Eingeständnisse machen müssen. Zur ILO-Konvention 169 habe Expräsident Colom unter solchem Druck bereits einen Voranschlag von Ausführungsbestimmungen in Vernehmlassung geschickt. Die indigenen Gemeinschaften lehnen sie aber ab, weil sie bei der Ausarbeitung kein Mitspracherecht hatten. Unterstützung für sein Engagement erhält Monseñor Ramazzini auch aus der Kirche. In einem Dokument der lateinamerikanischen Bischofskonferenz CELAM von Juni 2011 solidarisieren sich mehrere Bischöfe und Kirchenleute aus ganz Lateinamerika mit dem Widerstand der ländlichen Gemeinschaften.³ Dank dem Besuch von Bischof Ramazzini hat sich die Solidarität in die Schweizer Kirche ausgeweitet. Die katholische Kirche in der Schweiz publizierte eine Botschaft an die Menschen und die Kirchen in Guatemala. Sie beinhaltet deutliche Aussagen wie: «Wir wissen um die grosse Macht, welche internationale Unternehmen über die Regierungen von schwachen Ländern haben. Investoren müssen sich deshalb ihrer Verantwortung bewusst werden und sich für die Einhaltung internationaler Abkommen und Richtlinien einsetzen.» Oder: «Wir sind uns bewusst, dass die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in Guatemala und anderen Ländern des Südens im Zusammenhang steht mit dem Lebensstil in den industrialisierten und wirtschaftlich aufstrebenden Ländern.»

*Jules Rampini
Stadelmann ist Bauer
und Mitarbeiter des
Fastenopfers. Er
berichtete 2008/9
regelmässig in den
Neuen Wegen von
seinem Alltag in
Luthern (rampinista@
gmx.ch).*